

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **262 (1983)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-376473>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

Von Dr. phil. Walter Bührer

Weltpolitischer Rückblick

Kaum ein anderes Thema hat die westeuropäische Bevölkerung 1981/82 in ähnlich tiefgreifender Weise beschäftigt wie die Problematik der *Friedenserhaltung*. Nicht dass der Weltfrieden in diesem Zeitraum in unmittelbarer Weise gefährdet gewesen wäre als in den vorangegangenen 35 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges; trotz eines stark abgekühlten Ost-West-Verhältnisses (im Zeichen Afghanistans, Polens und El Salvadors) blieben sowohl Washington als auch Moskau bemüht, einer direkten Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Auslösendes Moment einer rasch wachsenden «*Friedensbewegung*» war vielmehr das Tempo der beiderseitigen (atomaren) Aufrüstung und namentlich die im Rahmen der NATO (1979) beschlossene Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, wodurch ab Herbst 1983 ein entsprechendes Übergewicht der Sowjets (teilweise) ausgeglichen werden sollte.

So erlebten praktisch sämtliche westeuropäischen Hauptstädte im Herbst 1981 die machtvollsten *Kundgebungen* seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: In Bonn demonstrierten rund 250 000 Personen, in Amsterdam 400 000, in Rom und Madrid je 100 000, und am 7. Dezember vermochte auch in Bern eine Friedensdemonstration an die 30 000 vorwiegend jüngere Leute zu mobilisieren. Gemeinsam war allen beteiligten Gruppen (Pazifisten, kirchlichen Kreisen, Grünen und Linken) die Ablehnung eines Sicherheitskonzeptes, das hauptsächlich auf der nuklearen Abschreckung beruht und dessen Versagen Westeuropa möglicherweise zum atomaren Hauptschlachtfeld der Supermächte machen würde.

Die Friedensbewegung entwickelte sich zunächst als ein ausschliesslich *westeuropäisches Phänomen*. Erst vergleichsweise spät (im Frühjahr 1982) begann sich auch in den USA Widerstand gegen die nuklearstrategischen Aufrüstungspläne der Reagan-Administration

zu formieren. Ein Übergreifen der Friedensbewegung nach Osteuropa, wie es vor allem in Kreisen der DDR-Kirchen zu beobachten war, wurde von den dortigen Behörden — trotz regierungsamtlichen Friedensbeteuerungen und propagandistischer Schützenhilfe zugunsten der westdeutschen Friedensbewegung — nach Kräften einzudämmen versucht.

Wohl wurde innerhalb der westeuropäischen Friedensbewegung auch Kritik an der sowjetischen Aufrüstungspolitik geübt. Faktisch richtete sich deren Stosskraft jedoch in *einseitiger* Weise gegen das bestehende Sicherheitskonzept der NATO und wirkte sich dadurch, zumindest im Endeffekt, zugunsten sowjetischer Zielsetzungen aus, indem Moskau die Möglichkeit eröffnet wurde, den eigenen (eklatanten) Vorsprung im Bereich der konventionellen und Mittelstreckenraketen-Rüstung als wirksames Drohpotential bewahren zu können. Auf diese Chance zugeschnitten waren die wiederholten *Vorstösse Breschnews* zur sofortigen Einfrierung der beiderseitigen Atomwaffen-Arsenale in Europa — für den Westen durchwegs unakzeptable Vorschläge, weil sie auf eine endgültige Festschreibung der atomaren Überlegenheit der UdSSR hinausgelaufen wären.



Hunderttausende beteiligten sich im Herbst 1981 an Friedensdemonstrationen in zahlreichen europäischen Städten (in Bonn rund 250 000 Menschen).

Reichlich spät — erst unmittelbar vor der Aufnahme eurostrategischer Abrüstungsverhandlungen in Genf (Ende November 1981) — stellte Washington seine eigene Zielvorstellung einer «Null-Lösung» vor: Verzicht auf die NATO-Nachrüstung, sofern die UdSSR ihr eigenes gegen Westeuropa gerichtetes Raketenpotential abbauen würde. Ende Mai 1982 erklärte US-Präsident Reagan überdies die Bereitschaft seiner Regierung, mit der Sowjetunion Verhandlungen über eine *Reduktion der strategischen Arsenale* («START») ohne Vorbedingungen aufnehmen zu wollen — eine bemerkenswerte Abweichung vom ursprünglich eingeschlagenen Kurs, welcher durch forcierte eigene Rüstungsanstrengungen die Abrüstungsbereitschaft der Sowjets zu erhöhen trachtete; damit wurde in Washington gleichermaßen den wachsenden Budgetsorgen wie den Postulaten der westeuropäischen und der amerikanischen Friedensbewegungen Rechnung getragen.

Die Kurskorrektur der amerikanischen Regierung erfolgte indessen zu einem Zeitpunkt, als im Verhältnis der *atlantischen Bündnispartner* bereits viel wertvolles Porzellan in Brüche gegangen war. Die von mannigfachen Missverständnissen geprägten Auseinandersetzungen um Sicherheitsfragen und Abrüstung hatten diesseits wie jenseits des Atlantiks viel gegenseitiges Misstrauen erzeugt und die Beziehungen untereinander mancherlei (unnötigen) Belastungsproben ausgesetzt. Zusätzlich verschärft wurden diese Spannungen durch Meinungsdivergenzen über ein gigantisches *Erdgas-Röhren-Geschäft* der Europäer mit der Sowjetunion und Unterschiede in der Haltung gegenüber Moskau und Warschau nach der Machtübernahme des Militärs in *Polen*.

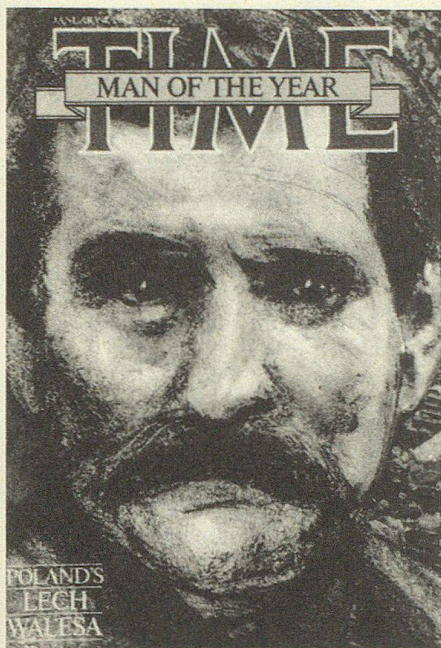
*

Mit der *Verhängung des Kriegsrechtes* in Polen war am 13. Dezember 1981 eines der hoffnungsvollsten Kapitel der jüngeren Zeitgeschichte fürs erste geschlossen worden. Von Soldatenstiefeln zertreten wurde ein gesellschaftliches und politisches Experiment, das im Sommer 1980 mit der Streikbewegung in Danzig und der Gründung der unabhängigen

Gewerkschaft «Solidarität» begonnen und schrittweise zu etwas demokratischeren und pluralistischeren Zuständen geführt hatte. General Wojciech Jaruzelski, Verteidigungsminister, Partei- und Regierungschef in einer Person, begründete die Machtergreifung durch das Militär mit dem Argument, nur so habe das Land vor Anarchie und Chaos bewahrt werden können (wobei er offen liess, ob andernfalls Truppen des Warschauer Paktes interveniert hätten). In der Tat hatte «Solidarität» in den Monaten zuvor die Kontrolle über einen Teil ihrer Aktivisten verloren: Streiks erfolgten zum Teil gegen den erklärten Willen der Gewerkschaftsleitung, und die Versorgungslage verschlechterte sich in zunehmendem Masse.

Entscheidender war freilich die *Machtfrage*: Die von «Solidarität» getragene Erneuerungsbewegung drohte das Machtmonopol der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) immer mehr auszuhöhlen. An ihrem ersten Landeskongress im Sommer 1981 beschränkte «Solidarität» ihre Forderungen nicht mehr allein auf den gesellschaftlich-gewerkschaftlichen Bereich (Gewerkschaftsfreiheit, Streikrecht, Pressefreiheit), sondern verlangte überdies freie Parlamentswahlen und rief die Arbeiter in den übrigen Ostblock-Ländern ebenfalls zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften auf. Während «Solidarität» immer entschiedener auf eine Beteiligung an der staatlichen Macht hinarbeitete, verstärkte sich innerhalb der PVAP der Druck im Hinblick auf eine gewaltsame Lösung; von aussen her forderte Moskau immer ultimativer, «das Rad der Entwicklung zurückzudrehen». Selbst Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa, so verrieten geheime Tonbandaufnahmen, bezeichnete schliesslich eine Konfrontation als «unausweichlich».

Die Verhängung des Kriegsrechtes traf «Solidarität» dennoch wie ein Blitz aus heiterem Himmel; die Internierung von gegen 5000 führenden Gewerkschaftern unterband fürs erste jegliche Möglichkeit eines zusammenhängenden Widerstandes. Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam es denn auch während der ersten Monate unter Kriegsrecht selten, was



Der Mann, der Polens Hoffnungen verkörperte und schliesslich scheiterte: Gewerkschaftsführer Lech Walesa (vom US-Nachrichtenmagazin zum «Man of the Year» gewählt).

die eigenen Wirtschaftsinteressen in schwerwiegender Weise berührten noch der Gegenseite wehtaten. Mittlerweile verschwand das seit 1979 von Sowjettruppen besetzte *Afghanistan* mehr und mehr aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Trotz anhaltenden Widerstands moslemischer Aufständischer beharrte Moskau auf seinem bekannten Standpunkt, dass es ohne Anerkennung des kommunistischen Regimes in Kabul und ohne ein Ende «ausländischer Einmischung» keine Friedenslösung und keinen Abzug der russischen Truppen geben könne.

In *Iran* vermochte das orthodox-klerikale Regime seine Machtstellung noch zu verstärken, obwohl abermals eine Reihe führender Exponenten Terroranschlägen zum Opfer fielen, unter ihnen Staatspräsident Rajai — er hatte den vom Parlament abgesetzten und im Sommer 1981 nach Frankreich geflohenen Bani-Sadr ersetzt — und Ministerpräsident Bahonar. Diesen Widerstand, der vor allem von den linksgerichteten Volksmujaheddin getragen war, beantworteten die Mullahs mit einer beispiellosen Hinrichtungswelle, der mehrere tausend Menschen zum Opfer fielen.

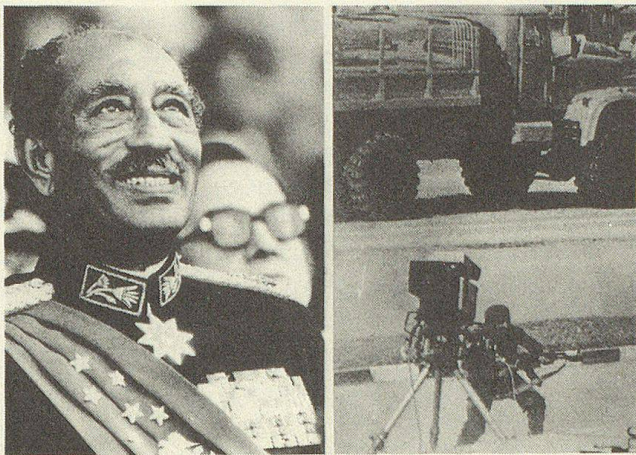
Im *Golfkrieg* neigte sich die Waagschale — nach über einjähriger Dauer — immer mehr zugunsten des bevölkerungsreicheren Irans; nach mehreren erfolgreichen Offensiven im Winter und Frühjahr 1982 gelang es den Persern, die irakischen Invasoren aus der Erdölprovinz Khusistan weitgehend zu vertreiben. Der militärische Erfolg liess Khomeinys Iran mit einem Schlag zu einem ernsthaften (und potentiell bedrohlichen) Gegenspieler der arabischen Erdölländer am Golf werden; andererseits erhöhte diese «Gefahr» die Bereitschaft des gemässigten Teils der arabischen Welt, Ägypten trotz seines Friedensabkommens mit Israel wieder als Partnerstaat zu akzeptieren.

Das Land am Nil durchlebte zweifellos eine der kritischsten Phasen seiner jüngeren Geschichte, als am 6. Oktober 1981 Präsident *Anwar el-Sadat*, anlässlich einer Truppenparade, den Schüssen moslemischer Extremisten zum Opfer fiel. Trotz eines kurzlebigen Aufstandsversuches in der oberägyptischen

nicht zuletzt dem Einfluss der katholischen Kirche zuzuschreiben war. Zwischen Bevölkerung und Regierenden blieb jedoch ein tiefer Graben des Hasses und des Misstrauens bestehen, zumal Jaruzelskis Regime ein Wiedererstehen einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung kategorisch ausschloss und keinen Zweifel daran liess, Polen wieder zu einem «festen Glied der sozialistischen Staatengemeinschaft» zu machen. Wie sich unter diesen Umständen eine «nationale Versöhnung», als Grundvoraussetzung wirtschaftlicher und staatlicher Erneuerung, bewerkstelligen liess, blieb unklar. Ihrer Hoffnungen beraubt, sah sich die polnische Nation seit dem 13. Dezember 1981 in einer auswegsloseren *Sackgasse* als je zuvor in der rund 35jährigen Geschichte kommunistischer Zwangsherrschaft.

*

Trotz innerlicher Anteilnahme blieb der Westen in der Rolle des weitgehend ohnmächtigen Zuschauers: Einmal mehr wurden gegen die Sowjetunion, wegen deren offenkundiger Mitverantwortung, wirtschaftliche *Sanktionen* verhängt; doch blieb es, alles in allem, bei einigen demonstrativen Gesten, die weder



Ägyptens Präsident Anwar el-Sadat — unmittelbar vor seiner Ermordung durch moslemische Extremisten am 6. Oktober 1981 (Bild rechts).

Stadt Assiut vollzog sich der Machtübergang auf Sadats Nachfolger Hosni Mubarak jedoch überraschend reibungslos. Dank seinem unbeirrbar festhalten am Frieden mit Israel sah sich Mubarak am 25. April 1982, vertragsgemäss, mit der Rückgewinnung des Restteils der *Sinai-Halbinsel* «belohnt»; gleichzeitig gelang es dem neuen Präsidenten dank einer klugen Diplomatie, die Isolierung seines Landes innerhalb der arabischen Welt allmählich zu überwinden.

*

Für *Israel* dagegen war der Rückzug vom Sinai ein traumatisches Erlebnis, mussten doch Hunderte von Siedlern vertrieben und die neuerrichtete Stadt Yamith dem Wüstenboden gleichgemacht werden. Der Frieden mit Ägypten blieb zudem Stückwerk; für eine umfassende Friedenslösung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn (v. a. den Palästinensern) fehlten beiderseits die psychologischen Voraussetzungen. So verkündete die Regierung in Jerusalem unmittelbar nach dem Sinai-Rückzug, Israel habe die Grenzen seiner Konzessionsbereitschaft endgültig erreicht. Stattdessen wurden in den übrigen besetzten Gebieten (Westjordanien, Gazastreifen, Golan) neue jüdische Siedlungen angelegt mit der Absicht, die ansässige arabische

Bevölkerung immer mehr zurückzudrängen, um so der Möglichkeit der Entstehung eines Palästinenserstaates ein für allemal einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig offenbarte sich in der *forcierten Siedlungspolitik* der Wille Israels, Westjordanien und den Gazastreifen über kurz oder lang dem übrigen Staatsgebiete einzuverleiben — wie dies bereits mit Ostjerusalem und den Golan-Höhen geschehen war.

Ebenso selbstherrlich setzte sich Israel mit seiner Libanonpolitik und mit der Bombardierung eines Nuklearreaktors bei Bagdad über geltendes Völkerrecht (und über die Proteste selbst eng befreundeter Nationen wie der USA) hinweg. An der fast hoffnungslos verfahrenen Situation im Nahen Osten trug indessen auch die arabische Seite einen Teil der Schuld; so vermochten «Scharfmacher» wie Syrien, Libyen und ein Teil der PLO die Saudis erfolgreich daran zu hindern, Israel im Namen der gesamten arabischen Welt mit einem (*Achtpunkte-*)*Friedensplan* herauszufordern, der erstmals auch eine Anerkennung des jüdischen Staates in Aussicht gestellt hätte.

*

Eine Patt-Situation kennzeichnete während der Berichtsperiode auch das Bürgerkriegsgeschehen in *El Salvador*: Vergeblich versuchten die Regierungstreitkräfte der Aufstandsbewegung Herr zu werden, die nach Ansicht der US-Regierung erhebliche Waffenhilfe aus Kuba und Nicaragua genoss. Andererseits sorgte der von rechtsextremen Drahtziehern, die teilweise in den Streitkräften zu suchen waren, entfesselte Terror gegen die Landbevölkerung für Voraussetzungen, die eine weitere Ausbreitung der Guerilla geradezu begünstigen mussten. Junta-Chef Duarte, ein Christdemokrat, suchte durch Ausschreibung international kontrollierter *Wahlen* einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu finden. Seine Rechnung ging indessen nur zum Teil auf: Zwar war die Wahlbeteiligung trotz des Boykotts der (aufständischen) Linken überraschend hoch; die Christdemokraten als einzige einigermaßen gemässigte Kraft wurden je-

doch von fünf kleineren ultrakonservativen Gruppierungen in Minderheit versetzt; einzig massiver Druck seitens der USA verhinderte, dass sich die extreme Rechte die gesamte Macht sicherte.

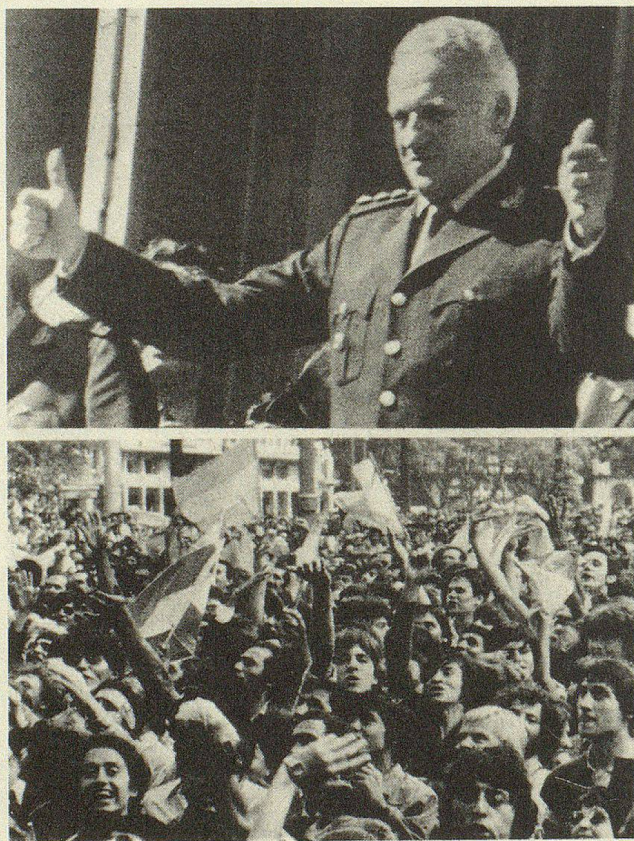
Stand in El Salvador letzten Endes die Stabilität in ganz Zentralamerika auf dem Spiel — zumal das Regime im benachbarten Nicaragua immer unverhohlener marxistisch-leninistische Züge annahm —, so war die von Argentinien vom Zaun gerissene *Falkland-Krise* ganz anderen Zuschnitts: Während Buenos Aires seine Invasion mit einem sehr umstrittenen Souveränitätsanspruch rechtfertigte, liess London einen Grossteil seiner Flotte auslaufen, um dem Selbstbestimmungsrecht der Falkland-Bewohner gegenüber den argentinischen «Aggressoren» Nachachtung zu verschaffen. Der Falkland-Konflikt mani-

festierte einmal mehr auf drastische Weise das Fehlen geeigneter Krisenbewältigungsmechanismen auf internationaler Ebene; für die westliche Führungsmacht USA, die sich nach gescheiterten Vermittlungsbemühungen voll hinter Grossbritannien gestellt hatte, resultierte eine gravierende Verschlechterung des ohnehin prekären Verhältnisses zur lateinamerikanischen Staatenwelt — als Ergebnis eines letzten Endes absurden Konfliktes, der dem Westen als Ganzes erheblichen (politischen) Schaden zufügte.

Innenpolitische Chronik

Gemessen an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen anderer Länder musste die Schweiz auch 1981/82 wie eine «Insel der Glückseligen» erscheinen. Von einigen wenigen Ausnahmen (Uhrenindustrie!) abgesehen, blieb unserem Land die *Vollbeschäftigung* erhalten — zu einer Zeit, in der andere Industriestaaten Millionenheere von Arbeitslosen zu verkraften hatten: die USA an die 9 Millionen, Grossbritannien 3 Millionen, Frankreich 2 Millionen und selbst die Bundesrepublik Deutschland rund 1,5 Millionen. Ganz blieb die Schweiz indessen ebenfalls nicht von den weltwirtschaftlichen Turbulenzen verschont: Die Hochzinspolitik der USA und einiger anderer Länder führte zu massiven Geldabflüssen und, zumindest vorübergehend, zu einer Schwächung des Schweizer Frankens, die ihrerseits die *Inflation* stark anheizte (im September 1981 betrug die Jahresteuern nicht weniger als 7,3 Prozent). Gleichzeitig stiegen auch in unserem Land die *Zinssätze* (u. a. bei den Hypotheken), was nicht zuletzt mit der (aus Gründen der Teuerungskämpfung) von der Nationalbank verfolgten Politik des knappen Geldes zusammenhing.

Während 1981 die erwartete Konjunkturabschwächung eintrat — ohne allerdings in eine echte Rezession auszumünden —, profitierten die *Bundesfinanzen* noch von der relativen Hochkonjunktur der vorangegangenen Jahre: So schloss die Rechnung — nach zehnjähriger Defizitperiode im Bundeshaushalt — praktisch ausgeglichen ab (mit einem Rückschlag von



Argentiniens Diktator, General Leopoldo Galtieri, lässt sich nach der Besetzung der britischen Falkland-Inseln von jubelnden Menschenmassen feiern.

knapp 200 Mio Franken jedenfalls um rund 1 Milliarde besser als budgetiert). Dennoch warnte Finanzminister Ritschard zu Recht vor möglichen Fehldeutungen. Schon der Voranschlag 1982 (wiederum mit einem Defizit von über 1 Mrd Franken) kündigte an, dass die Sanierung der Bundesfinanzen ein «Dauerbrenner» der schweizerischen Innenpolitik bleiben würde. Einen (kleinen) Schritt auf diesem Weg bedeutete die Verlängerung der geltenden Bundesfinanzordnung bis 1994, der Volk und Stände im November 1981 mit 68,9 Prozent Ja ihren Segen gaben (sie bringt dem Bund dank einer geringfügigen Erhöhung der Warenumsatzsteuer jährliche Mehreinnahmen von 350 Millionen Franken).

Mehr beschäftigte den Bürger indessen (einmal mehr) die Energiepolitik: vor allem die Frage, ob der Bundesrat grünes Licht zum Bau des *Kernkraftwerks Kaiseraugst* geben würde. Rechtlich war die Landesregierung zur Erteilung der Rahmenbewilligung verpflichtet, da sie den Bedarf für ein weiteres AKW in den neunziger Jahren als ausgewiesen erachtete. *Dagegen* sprachen freilich gewichtige politische Gründe, insbesondere der (zu erwartende) Widerstand seitens der direkt betroffenen Bevölkerung in der Region Basel. Vor seiner Entscheidung sah sich der Bundesrat von allen Seiten (massivem) Druck ausgesetzt; für die mehrmalige Verschiebung seines Entscheids verantwortlich waren u. a. direkte Verhandlungen mit der Bauherrschaft, in deren Verlauf die Kaiseraugst AG erstmals die Bereitschaft zum Verzicht auf das Projekt bei angemessener Entschädigung durch den Bund (genannt wurde die Summe von 800 Mio Fr.) andeutete. Das widerwillig erteilte Ja des Bundesrates bedeutete, dass die Eidg. Räte diesen Entscheid nun in letzter Instanz zu begutachten hatten.

Dem selben Parlament übertrug die Landesregierung im Berichtsjahr einige weitere «nahrhafte Brocken»: So verabschiedete der Bundesrat — nach jahrelangem Zögern — die Botschaft, in der er den *Beitritt der Schweiz zur UNO* beantragt (den laut Meinungsumfragen immer noch eine Mehrheit der Schweizer ablehnt). Ferner kündigte er an, das Pro-

jekt einer *Totalrevision der Bundesverfassung* weiterzuverfolgen und noch 1982 einen entsprechenden Entwurf zuhanden der Eidg. Räte verabschieden zu wollen — ungeachtet eines teilweise sehr negativen Echos im Vernehmlassungsverfahren. Bedenken weckte auch die Ankündigung, das ohnehin überlastete Parlament in Bern — und nicht einen eigens zu wählenden Verfassungsrat — mit dieser Riesenaufgabe zu betrauen.

In verschiedenen Kantonen und Städten fanden in der Berichtsperiode *Gesamterneuerungswahlen* statt, die praktisch ausnahmslos den bürgerlichen Parteien (auf Kosten von Sozialdemokraten und Landesring) Gewinne brachten. Diese alles in allem recht signifikanten Verschiebungen waren einerseits zweifellos dem Erscheinungsbild der SP in verschiedenen Regionen zuzuschreiben: Sowohl in Basel-Stadt als auch in Zürich, aber auch andernorts, trennte ein tiefer Graben einen pragmatisch-gemässigten gewerkschaftlichen Flügel von einem mehr oder minder elitären Kreis von Linksintellektuellen, welche den Ton angaben. Andererseits entsprach vor allem die freisinnige Parole «Mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung, weniger Staat» einem von vielen Bürgern empfundenen Anliegen in einem traditionell liberalen Staatswesen, in dem heute immer mehr Lebensbereiche einer freiheitsbedrohenden Reglementierung und Verbürokratisierung anheimzufallen drohen. In der *Stadt Zürich* schliesslich entsprach der Erdrutsch-Sieg der bürgerlichen Parteien im März 1982 einer politischen Reaktion auf die zurückliegende Phase der Jugendunruhen und den damit zusammenhängenden Wunsch nach einer konsequenteren, klareren Führung seitens des Stadtrates. Freilich erfüllte sich die Hoffnung nicht, dass der Jugendprotest, der 1980/81 Zürich und andere Schweizer Städte erschüttert hatte, Anstoss zu einer tiefergreifenden geistigen Auseinandersetzung mit unserer Wohlstandsgesellschaft geben würde. Stattdessen war leider auch hierzulande eine gewisse Tendenz zu eindimensional-undifferenziertem Denken und intolerantem Verhalten anderen Meinungen gegenüber nicht zu übersehen.